

Ihre Abgeordnete Nadine Schön informiert:

BERLIN AKTUELL

DIE WOCHEN IM BUNDESTAG VOM 04.07.-08.07.2016



Ausgewählte Termine von Nadine Schön:

- Montag: Fraktionsrunde Familie
- Montag: Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes der Bundestagsfraktion sowie des Fraktionsvorstandes
- Montag: MIT:FUTURA 2016
- Montag: Besuchergruppe aus meiner Heimatgemeinde
- Dienstag: Koordinierungsrunde mit Familienministerin Schwesig
- Dienstag: Sitzungen meiner beiden Arbeitsgruppen

Abonnieren auch Sie den Newsletter von Nadine Schön und schreiben Sie an: nadine.schoen@bundestag.de

- Dienstag: Kauder-Runde und Fraktionssitzung
- Mittwoch: Interviews mit SZ zu HIL und Prostituiertenschutzgesetz
- Mittwoch: Koalitionsarbeitsgruppe Digitale Agenda
- Mittwoch: Fachkongress zu gesunder Ernährung
- Mittwoch: Netzwerk Digitalisierung
- Donnerstag: Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
- Donnerstag: Rede und namentliche Abstimmungen
- Donnerstag: Hörfunkinterview mit dem Saarländischen Rundfunk
- Freitag: Fachgespräch zum Thema Contergan
- Freitag: Plenum und namentliche Abstimmung

KAMPFANSAGE AN MENSCHENHÄNDLER / AUSBEUTER! SCHUTZ FÜR PROSTITUIERTE!

Das in dieser Woche beschlossene Prostituiertenschutzgesetz gibt den Ländern ein gutes Instrumentarium an die Hand, mehr Licht, Transparenz und damit Schutz in das bisher kaum zugängliche und unregulierte Prostitutionsmilieu zu bringen.

Wir haben lange und intensiv verhandelt, dass Frauen und Männer, die in der Prostitution tätig sind, künftig wirksam vor Fremdbestimmung und Ausbeutung geschützt werden.

So stellen wir sicher, dass sie bei der Anmeldung ihrer Tätigkeit und den Gesundheitsberatungen regelmäßig Kontakte zu vertraulichen Stellen außerhalb des Milieus haben werden.

Zudem ist das Betreiben einer Prostitutionsstätte künftig nur dann zulässig, wenn hierfür eine Erlaubnis der zuständigen Behörde vorliegt. Dazu muss sich der Betreiber einer Zuver-



© ToKo-CDU/CSU-Fraktion

lässigkeitsprüfung unterziehen und sein Betrieb umfassende räumliche, hygienische, gesundheitliche und sicherheitsbezogene Voraussetzungen erfüllen. Die Zeiten, in denen eine Pommestube einer wesentlich strengeren Kontrolle unterlag als ein Bordell, sind damit endgültig vorbei.

Unser neues Prostituiertenschutzgesetz ist eine klare Kampfansage an Zuhälter, Ausbeuter und Frauenhändler! Das neue Gesetz ist jedoch auch eine Kampfansage an diejenigen, die glauben, für

Geld könnten sie mit der Prostituierten alles machen. Nein, können sie nicht. Menschenwürdige Betriebskonzepte und Veranstaltungen mit Gang-Bang-Partys, Flat-Rate-Angebote oder Sex mit Schwangeren werden nicht mehr länger genehmigungsfähig sein!

Darüber hinaus ist die Benutzung von Kondomen zukünftig Pflicht. Weisungen über das Ob, die Art oder die Weise der sexuellen Dienstleistung sind zudem tabu!

Alle selbstbestimmt tätigen Prostituierten werden dagegen kaum behelligt, sondern werden von höheren Preisen profitieren. Ein gutes Gesetz für die Prostituierten – ein schlechtes für die Ausbeuter!

Meine vollständige Rede im Bundestag können Sie unter www.bundestag.de nachlesen oder als Video anschauen.

INTEGRATIONSPFLICHT WIRD GESETZ!

Mit dem Integrationsgesetz, das wir in dieser Woche verabschiedet haben, setzen wir klare Maßstäbe, um anerkannte Flüchtlinge und Menschen mit guter Bleibeperspektive besser in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft zu integrieren.

Die zu uns gekommenen Menschen sollen schnell auf eigenen Beinen stehen und in Deutschland die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben erhalten. Dazu müssen wir den Zugang zu Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt erleichtern.

Förderangebote und Pflichten werden genau definiert und rechtliche Konsequenzen für fehlende Integrationsbemühungen eindeutig geregelt. Wer sich nicht an die Regeln hält, muss mit Leistungskürzungen rechnen, wer sich anstrengt, wird davon profitieren.

Wir bieten Hilfestellungen und fördern, fordern aber im Gegenzug unmissverständlich auch Eigeninitiative und persönliches Engagement ein! Neben der Beschleunigung der Asylverfahren ist die zum 1.

Januar 2016 rückwirkend in Kraft tretende Residenzpflicht von entscheidender Bedeutung. Dadurch wollen wir Parallelgesellschaften in Ballungsräumen vermeiden und die Planbarkeit für Länder und Kommunen vor Ort verbessern.

Arbeit und Sprache sind die Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche Integration. Unser Integrationsgesetz greift diese Faktoren auf und legt ein umfassendes Maßnahmenpaket vor, damit Integration, von der alle profitieren, gelingen kann.

Meldungen:

Berlin:

Mehr Geburten, Sterbefälle und Eheschließungen!

Im Jahr 2015 wurden in Deutschland 738.000 Kinder geboren. Das waren 23.000 Neugeborene oder 3,2 Prozent mehr als im Jahr 2014.

Gleichzeitig starben 2015 925.000 Menschen, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Prozent entspricht. Wie in allen Jahren seit 1972 starben somit mehr Menschen als Kinder geboren wurden.

Auch den Bund der Ehe sind 2015 mehr Paare eingegangen als im Vorjahr: 400.000 Eheschließungen stellen eine Steigerung um 14.000 beziehungsweise 3,6 Prozent gegenüber 2014 dar.

PRAKTIKANTIN STEFI WITTMANN

Als frischgebackene Abiturientin hat es mich aus St. Wendel im Saarland in die Hauptstadt verschlagen, um einen Blick hinter die Kulissen des politischen Berlin zu werfen.

Neben dem vielseitigen und abwechslungsreichen Büroalltag finde ich vor allem die zahlreichen Termine und Sitzungen, an denen ich teilnehmen darf, faszinierend.

Ich habe mir den Alltag einer Abgeordneten bei weitem nicht



so zeitintensiv und vielfältig vorgestellt. Allein die Bandbreite der zu bearbeitenden Themen sowie die erforderlichen Vorbereitungen für die zahlreichen Sitzungen und Veranstaltungen sind sehr beeindruckend.

Diese wichtigen Erfahrungen und tollen Eindrücke sind für mich sehr wertvoll, zumal ich zum Wintersemester ein Jurastudium in Angriff nehmen möchte. Ich bin sehr froh und dankbar für diese Gelegenheit und kann wirklich nur jedem jungen Menschen empfehlen, diesen Schritt ebenfalls zu wagen. Es war spannend, aufregend und sehr lehrreich!

NEIN HEISST NEIN - OHNE WENN UND ABER

In dieser Woche haben wir das Sexualstrafrecht verschärft. Im Mittelpunkt stand dabei, Strafbarkeitslücken zur sexuellen Nötigung und Vergewaltigung zu schließen und damit ein ganz klares Zeichen zu setzen: „Nein heißt Nein“ und ist ohne Wenn und Aber zu akzeptieren!

Zukünftig reicht die Vornahme sexueller Handlungen gegen den erkennbaren Willen des Opfers zur Strafbarkeit aus. Der Grundsatz „Nein heißt Nein“ verträgt keine Einschränkung und wird jetzt end-



lich durch maßgeblich von unserer Bundestagsfraktion im parlamentarischen Verfahren vorangetriebene Änderungen fest im Sexualstrafrecht verankert.

Mit diesen neuen strafrechtlichen Regelungen geben wir auch die richtigen Antworten auf die Ereignisse in der Silvesternacht

in Köln und an anderen Orten in unserem Lande, bei denen Frauen Opfer sexueller Übergriffe wurden.

Zukünftig werden mittels eines neuen Straftatbestandes der sexuellen Belästigung auch

das sogenannte Grabschen sowie solche Straftaten, die aus Gruppen heraus begangen werden, geahndet.

Unser Ziel ist eindeutig und unmissverständlich: Jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung wird unter Strafe gestellt: „Nein heißt Nein“!

BESUCH AUS MEINER HEIMATGEMEINDE

In dieser Woche hatte ich wieder die Gelegenheit, Besucher aus meiner Heimat im Deutschen Bundestag zu begrüßen.

Im Rahmen eines interessanten und abwechslungsreichen Programms waren sie natürlich auch auf Stippvisite im Deutschen Bundestag.

Bei einem kleinen Rundgang zu vorgerückter Stunde konnte ich der Gruppe nicht nur das Reichstagsgebäude zeigen, sondern auch einen Überblick über die aktuellen Themen der Woche geben.

Ich freue mich immer sehr über Gäste aus meiner Heimat sowie sonstige Besuchergruppen und



halte solche Begegnungen auch für sehr wichtig.

Vielen Dank an „Reiseleiter“ Norbert Rauber aus meinem Sankt Wendeler Wahlkreis,team,

© Arge GF-BT GbR / BPA

der die Fahrt wie immer erstklassig organisiert und die Gruppe in Berlin vor Ort zuverlässig betreut hat.

Impressum:

Bundestagsbüro Nadine Schön

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 700 61

Fax: 030 / 227 766 41

Mail: Nadine.Schoen@bundestag.de

Internet: www.nadine-schoen.de